

Abo [Interview zur 10-Millionen-Schweiz](#)

## Mitte-Abweichler kämpft für SVP-Initiative: «Die Schweiz wächst zu schnell»

Der Innerrhoder Ständerat Daniel Fässler will Ja stimmen zur 10-Millionen-Initiative – gegen seine eigene Fraktion. Der Bundesrat verabreiche nur Placebo gegen die Zuwanderung, kritisiert er.



**Fabian Fellmann**

↻ Aktualisiert vor 7 Stunden



«Das hohe Tempo überfordert die Schweiz»: Daniel Fässler.

Foto: Keystone



Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 11:31 1X

[BotTalk](#)

Die SVP will mit ihrer [10-Millionen-Initiative](#) die Zuwanderung drosseln. Alle anderen grösseren Parteien sind dagegen. Aber es gibt vereinzelte Abweichler, zum Beispiel den Innerrhoder Ständerat Daniel Fässler. Parteiintern sorgt das für Spannungen. Doch der Appenzeller ist fest überzeugt von seinem Ja.

### **Herr Fässler, warum sagen Sie Ja zur 10-Millionen-Initiative, obwohl Ihre Partei dagegen ist?**

Die Schweiz wächst zu schnell. Die Bevölkerung hat in den letzten 20 Jahren um über 1,6 Millionen zugenommen. Auf so viele Einwohner kommen heute die Kantone Aargau, St. Gallen und Luzern zusammen. In diesem Tempo kann es nicht weitergehen. Dies belastet unsere Infrastruktur und die Gesellschaft zu stark. Ich habe daher der Initiative bereits im Ständerat zugestimmt. Ich habe einen direkten Gegenvorschlag eingebracht, der mehr Klarheit gebracht hätte. Dieser wurde vom Rat aber abgelehnt.

### **Welche Massnahmen braucht es denn? Der Bundesrat hat soeben den Grundstückserwerb durch Ausländer eingeschränkt.**

Die Anpassung der Lex Koller ist nur ein Placebo. [Ein Bericht des Bundesrates](#) zeigt es deutlich: In den vergangenen 10 Jahren wurden jedes Jahr netto 48'000 neue Haushalte gegründet. Seit 2022 ist die Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum fast ausschliesslich auf die Zuwanderung zurückzuführen. Das ist ein Fakt, den viele Politiker, die über Wohnungsnot klagen, nicht hören wollen.

### **Die Initiative führt zum Ausstieg der Schweiz aus internationalen Verträgen bei 9,5 Millionen Einwohnern, später auch zur Kündigung des**

## **Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU sowie der Bilateralen.**

Das stimmt so nicht. Ich habe den Initiativtext sehr intensiv studiert, weil ich als Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats die Beratungen geleitet habe. Wird die Grenze von 9,5 Millionen überschritten, verlangt die Initiative nur Massnahmen und die Neuverhandlung von internationalen Abkommen, nicht aber deren Kündigung. Der Spielraum für Parlament und Bundesrat ist also gross. Auch wenn die Grenze von 10 Millionen überschritten wird, führt das nicht direkt zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. Die Initiative fordert zuerst die Verhandlung oder Anrufung von Ausnahme- oder Schutzklauseln. Eine Kündigung würde auch nicht automatisch ausgelöst – ohne den üblichen politischen Prozess.

## **Die Schweiz würde den Bruch mit der EU riskieren.**

Ich sehe dieses Risiko nicht. Für mich ist auch undenkbar, dass die EU die Schweiz von Schengen-Dublin ausschliessen würde. Sie hat ein ebenso grosses Interesse wie wir, dass die Schweiz bei der Bekämpfung der Kriminalität und der irregulären Migration mitmacht.

---

*«Mir scheint, dass einige Kantone die Arbeitslosen eher verwalten, als sie persönlich zu betreuen.»*

---

## **Die Wirtschaft braucht die Fachkräfte aus dem Ausland.**

Ja, aber mit einer besseren Ausschöpfung des inländischen Potentials könnten wir den Bedarf senken. Die Wirtschaft fokussiert zu stark auf ausländisches Personal. Dies führt zu einer Spiralbewegung. Jede Person, die in die Schweiz kommt, braucht Wohnraum,

Gesundheitspflege und Infrastruktur. Und alle werden auch einmal alt. Wir sollten daher versuchen, diese Spirale zu verlangsamen. Das hohe Tempo überfordert die Schweiz.

### **Die Zuwanderung durch Junge bremst die rasante Alterung der Bevölkerung.**

Das ist so.

### **Wie wollen Sie dieses Problem lösen?**

Mit einer besseren Mobilisierung des Potenzials der schon in der Schweiz wohnenden Personen. Es gibt mir zu denken, dass die Zahl der arbeitslosen Personen und die Zahl der Stellensuchenden in den letzten Jahren trotz starker Zuwanderung gestiegen ist, im letzten Jahr um nicht weniger als 10 Prozent. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist um über 6 Prozent gestiegen. Wir haben zurzeit 230'000 Stellensuchende. Erstaunlich ist, dass die Arbeitslosigkeit innert einem Jahr auch im Gesundheits- und Sozialwesen um 13 Prozent und im Gastgewerbe um mehr als 8 Prozent stark gestiegen ist. Hinzu kommt, dass zu viele Personen nur Teilzeit arbeiten. Und die Erwerbsquote bei anerkannten Flüchtlingen ist viel zu tief.

### **Weil es schwierig ist, für Flüchtlinge Stellen zu finden.**

Ich stelle das infrage. Mir scheint eher, dass einige Kantone die Arbeitslosen eher verwalten, als sie persönlich zu betreuen und in den Arbeitsmarkt zu führen. Mein Kanton hat die tiefste Arbeitslosenquote der Schweiz. Er wird die 10-Millionen-Initiative vermutlich annehmen. Das hat mich auf einen interessanten Zusammenhang aufmerksam gemacht. Die Kantone der Ost- und der Zentralschweiz haben eine tendenziell tiefe Arbeitslosigkeit und sind eher für die Initiative. Das sind übrigens auch jene Kantone, die Flüchtlinge und Personen mit Schutzstatus S erfolgreicher in den Arbeitsprozess integrieren als die Kantone in der Romandie oder die städtisch geprägten Kantone. In diesen Kantonen liegt die Arbeits-

losenquote deutlich über dem Durchschnitt. Dies sind notabene jene Kantone, die die Initiative vermutlich ablehnen werden.

**Die Schweiz hat sich darauf spezialisiert, Unternehmen aus dem Ausland anzusiedeln, zum Beispiel internationale Konzerne, die hier ihren Europasitz haben. Lockt sie damit nicht genau solche Firmen an, die sich nicht mit der Bevölkerung solidarisieren?**

Ob es Schweizer oder ausländische Unternehmen sind, ist nicht entscheidend. Fakt ist, dass jetzt viele Studienabgänger Mühe haben, eine Stelle zu finden. Viele Firmen bieten ihnen keine Einstiegschance, sondern holen lieber günstige Fachleute aus dem Ausland. In der Finanz- und Versicherungsbranche ist die Arbeitslosigkeit innert 12 Monaten um über 20 Prozent gestiegen. Die Statistik des Bundes zeigt umgekehrt, dass die starke Zunahme der ständigen ausländischen Bevölkerung zu über 30 Prozent auf Zuwanderung in den Sektor Banken, Informatik und Beratung zurückgeht. Dieses Beispiel zeigt, dass etwas falsch läuft. Zudem findet ein beachtlicher Teil der Zuwanderung nicht in den Arbeitsmarkt statt, sondern über den Familiennachzug. Diese Leute sollten wir erst in den Arbeitsmarkt integrieren, bevor wir noch mehr Zuwanderer holen.



**Den Familiennachzug will die SVP ebenfalls einschränken. Befürworten Sie auch dies?**

Ja.

**Gerade für Europäer kann die Schweiz den Familiennachzug wegen des Freizügigkeitsabkommens aber gar nicht einschränken, ohne die Bilateralen zu gefährden.**

Das ist so. Die Statistik des Bundes zeigt aber, dass fast die Hälfte des Familiennachzuges Personen von ausserhalb des EU- und Efta-Raums betrifft. Dies waren 2025 rund 20'000 Personen. 60 Prozent der durch Ausländerinnen und Ausländer nachgezogenen Ehepartner sind Drittstaatenangehörige. Diese können sich nicht alle auf das Freizügigkeitsabkommen berufen.

**Die SVP steht alleine hinter dieser Initiative. Gewinnt sie diese Abstimmung, wird sie das bei den nächsten Wahlen nutzen, um die anderen Parteien vor sich herzutreiben.**

Die Zuwanderung ist nicht nur ein SVP-Thema. Sie beschäftigt weit darüber hinaus. Ich höre in meinem Kanton viele, die sagen: Jetzt macht mal endlich etwas. Und zwar von Leuten aus allen Kreisen.

**Rechnen Sie mit negativen Reaktionen aus Ihrer Partei, wenn Sie über Ihre befürwortende Haltung reden?**

Nein. Als ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Ständerat meinen Gegenvorschlag präsentierte, erhielt ich mehrheitlich Zustimmung. Auch die Partei reagierte nicht negativ. Und dies, obwohl ich weite Teile des Initiativtextes übernommen und nur eine Klärung zur Frage der Kündigung des Freizügigkeitsabkommens vorgeschlagen habe. Ich bin jetzt seit 15 Jahren im Bundeshaus. Die Partei kennt mich und meine Position.

**Ihr ehemaliger Parteipräsident Gerhard Pfister findet, Ständeräte sollten der Fraktion nicht widersprechen, damit die Partei nicht wankelmütig wirkt.**

Ich nehme diese Aussage unseres früheren Parteipräsidenten zur Kenntnis, merke aber an, dass ich meine Positionen auch als langjähriges Mitglied des Fraktionsvorstands immer früh offenlege

und auch begründe. Als Ständerat bin ich zudem in erster Linie meinem Kanton und seiner Bevölkerung verpflichtet.

**Pfister hat in einem Interview erwähnt, dass Sie Präsident des Verbands Immobilieninvestoren Schweiz waren, der das starke Wachstum mitverantwortet.**

Diese auf meine Person zielende Bemerkung überrascht mich. Sie hat mit der Sache gar nichts zu tun. Mehr Wohnungen werden gebaut, weil die Nachfrage steigt. Gewerbeimmobilien werden angeboten, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz günstig sind. Wer, wie beispielsweise Pensionskassen, als institutioneller Bauträger und Käufer in Immobilien investiert, ist daher nicht für das Wachstum verantwortlich.

Auch in Innerrhoden wird gebaut: Das Fünfsterhotelprojekt von Jan Schoch in Gonten.

Foto: Manuela Matt

**Die Initiative fordert die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Die Beziehung zur EU wird infrage**

**gestellt.**

Die Kündigung wird nur für den Fall gefordert, dass alle Massnahmen nicht greifen. Aber natürlich, die EU wird mit grosser Besorgnis reagieren, weil sie um das EU-Paket fürchtet.

**Die Bilateralen III sind tot, wenn die 10-Millionen-Initiative eine Mehrheit findet.**

Es ist nicht ihr Tod, aber wir müssen dann wohl noch kritischere Fragen stellen. Wollen wir auf ein aufdatiertes Freizügigkeitsabkommen eingehen und uns zur dynamischen Rechtsübernahme verpflichten, wenn wir nicht wissen, wie sich das Freizügigkeitsabkommen in Zukunft entwickeln wird? Ich beurteile das ganze Paket sehr kritisch.

**Sie nehmen damit wirtschaftliche Nachteile in Kauf.**

Vielleicht. Aber ich bin überzeugt, dass die Schweiz wieder mehr auf Innovation setzen sollte statt auf Wachstum in die Breite. Das Wirtschaftswachstum pro Kopf stagniert. Es gibt Profiteure, aber bei einem grossen Teil der Bevölkerung nimmt der Wohlstand nicht zu, teilweise sogar ab. Ihre Löhne steigen zwar, aber wegen höherer Krankenkassen- und Wohnkosten haben sie am Schluss weniger im Portemonnaie.

**Geht die Zuwanderung zurück, werden als Erstes ländliche Kantone wie der Ihre unter einem Bevölkerungsschwund leiden.**

Das glaube ich nicht. Auf dem Land ist die Bevölkerung schon in den vergangenen Jahren viel weniger schnell gewachsen als in den Ballungszentren. Trotzdem ist Appenzell Innerrhoden ein florierender Kanton. Unsere Wirtschaft ist qualitativ gewachsen, wir sind heute ein Geberkanton im Finanzausgleich. Der ländliche Raum hat viel zu bieten.

## Der Morgen

Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt.

Weitere Newsletter

Angemeldet

---

**Fabian Fellmann** schreibt seit mehr als 20 Jahren über politische Themen. Derzeit berichtet der Politologe über die Schweizer Politik. Zuvor war er als USA-, EU-, Nato- und Bundeshaus-Korrespondent tätig. Mehr Infos

✕ @fabian\_fellmann

Fehler gefunden? Jetzt melden.

292 Kommentare